

LibMod Diskussionspapier · Juni 2022

SANKTIONEN GEGEN RUSSLAND WEGEN DES KRIEGES IN DER UKRAINE

Rahmenbedingungen, Wirkungen,
Möglichkeiten

von Vladislav Inozemtsev



Zentrum
Liberale
Moderne

INHALT

Zusammenfassung	3
Sanktionen gegen Russland wegen des Krieges in der Ukraine	4
Wie fest steht der Entschluss des Westens und was könnten die Folgen für Russland sein?	6
Wird Russland ohne Energieexporte ins Straucheln geraten?	7
Welche Auswirkungen haben die westlichen Öl- und Gassanktionen auf die russische Wirtschaft?	8
Der Fokus sollte auf High-Tech liegen	9
Was kann man Entscheidungsträgern in der europäischen Politik bezüglich der Sanktionen gegen Russland raten	12
Impressum	13

Über den Autor: Vladislav Inozemtsev ist Direktor des Zentrums für postindustrielle Studien (Moskau) und Sonderberater des „Russian Media Studies Project“ des MEMRI (Washington, DC)

Titelfoto: Nikolay N. Antonov / Adobe Stock

ZUSAMMENFASSUNG

Der russische Ökonom Vladislav Inozemtsev macht in diesem Diskussionspapier folgende Vorschläge im Umgang mit Russland:

1. Neuausrichtung der Sanktionen, um die Versorgung Russlands mit tausenderlei Gütern, Komponenten und Ersatzteilen abzuschneiden, die nicht im Land selbst produziert werden, und so der nationalen Wirtschaft mit wirtschaftlichen „Hochpräzisionswaffen“ zu schaden, anstelle eines „Flächenbombardements“ in Form eines Energieembargos.
2. Solange die EU weiterhin fossile Brennstoffe aus Russland importiert, sollten diese mit einer Sonderabgabe belegt werden, die der Ukraine als Opfer des russischen Angriffs und als künftigem Mitglied der EU zugutekommt.
3. Verfolgung von Präsident Putin und führenden russischen Beamten und Generälen als Kriegsverbrecher und Einrichtung eines internationalen Kriegsverbrechertribunals für die Aufklärung der russischen Gräueltaten in der Ukraine. Dies kann zu einer radikalen Delegitimierung der russischen Führung auf nationaler und internationaler Ebene führen.

In Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine haben westliche Regierungen in den letzten Monaten dutzende Sanktionen gegen Russland verhängt. Die meisten davon zielen entweder darauf ab, die Geldmenge zu beschränken, über die die russischen Staatsorgane verfügen können (Einfrieren der Zentralbankreserven, Verbot für russische Banken, ihre Dollarkonten zu nutzen sowie die stark umstrittene Möglichkeit eines Embargos von russischem Öl, Gas und Kohle), oder russischen

Verbrauchern den Zugang zu bestimmten Waren und Dienstleistungen zu verwehren (etwa die Schließung des europäischen und nordamerikanischen Luftraums für russische Fluglinien oder der westlichen Geschäfte und Warenhäuser im Land sowie das Exportverbot von Luxusgütern nach Russland).

Das wichtigste Argument dieses Papers ist, dass die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf Russland wesentlich geringer sein könnten als weithin angenommen. Selbst mit der Hälfte oder einem Drittel der Einnahmen aus dem Öl- und Gasexport kann Russland wirtschaftlich weiter überleben.

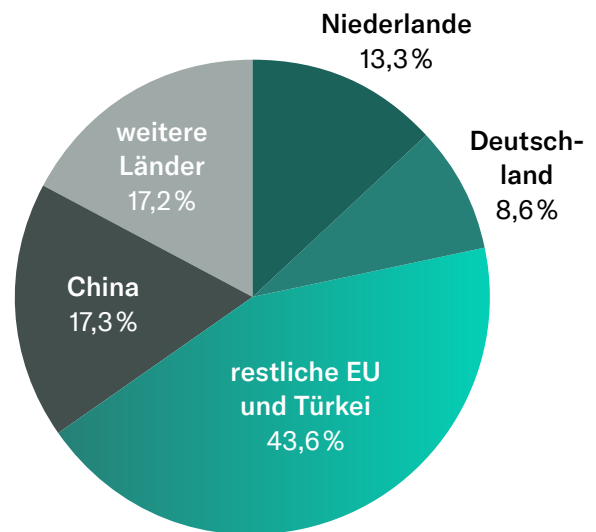
Wesentlich wichtiger ist es, Russlands Importe aus dem Westen zu unterbinden. Das gilt vor allem für Industrieanlagen, Zwischenerzeugnisse sowie jegliche Komponenten und Ersatzteile. Sowohl die russische Industrie als auch der Dienstleistungssektor sind von importierten Bauteilen abhängig, so dass selbst ein kleiner Rückgang der Lieferungen aus dem Westen die Wirtschaft wesentlich mehr schädigen würde als beispielsweise eine Begrenzung der Ölimporte aus Russland.

Die EU und die USA sollten darüber hinaus einen Mechanismus entwickeln, der Importe aus Russland an Hilfen für die Ukraine koppelt. Solange die EU weiterhin fossile Brennstoffe aus Russland importiert, sollte sie diese mit einer Zusatzgebühr belegen, die in einen Wiederaufbaufonds für die Ukraine fließt. Sie sollte russische Oligarchen nicht einfach sanktionieren, sondern ihnen anbieten, Teile ihres Vermögens direkt in diesen Fonds fließen zu lassen. Denjenigen, die sich daran beteiligen, könnte im Gegenzug Sanktionsfreiheit gewährt werden. Jegliche Sanktionen sollten Russland schwerer belasten als den Westen.

Sanktionen gegen Russland wegen des Krieges in der Ukraine – Rahmenbedingungen, Wirkungen, Möglichkeiten

Bereits 2014 bezeichnete der inzwischen verstorbene US-Senator und Kandidat der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen 2008, John McCain, Russland als eine „als Land verkleidete Tankstelle“. Während die russische Wirtschaft sich in den letzten zwanzig Jahren breiter aufgestellt hat, gilt sein Vergleich bis heute in dem Sinne, dass der russische Staatshaushalt immer noch zu 35 Prozent aus den Einnahmen aus dem Export von Öl und Gas besteht. Dieser Wert variiert stark. 2020 lag er mit 27,96 Prozent auf einem Tiefstand, auf ihrem Höhepunkt 2014 betrug er 51,27 Prozent. Doch der Anteil von Öl- und Gaseinnahmen im russischen Budget hing nie so sehr von der wirtschaftlichen Modernisierung ab als vielmehr von den Schwankungen des Ölpreises. Viel beworbene Absichten, die „Ölabhängigkeit loszuwerden“, wie sie von allen russischen Amtsträgern seit den frühen 2000er Jahren geäußert werden, sind nach wie vor nur gute Worte. Viele Experten behaupten, dass der tatsächliche Anteil der Staatseinnahmen aus dem Energiesektor sogar noch drei bis acht Prozentpunkte über den offiziellen Zahlen liegt.

Es darf auch nicht vergessen werden, dass Russland nicht nur von Öl- und Gasexporten im Allgemeinen abhängig ist, sondern auch von einer Reihe bestimmter Großkunden. 2021 erreichten die Gesamteinnahmen von Öl, Ölprodukten, Erdgas und Kohle 267 Milliarden Dollar und überstiegen somit die Einnahmen aus 2020 noch um atemberaubende 59,9 Prozent. Etwa 8,6 Prozent aller Einnahmen entfielen dabei auf Deutschland, 13,3 Prozent auf die Niederlande und 17,3 Prozent auf China. Insgesamt gingen 64 bis 67 Prozent der russischen Energie-Exporte an EU-Länder und die Türkei. Somit würde ein starker Rückgang der Importe in Europa Russland empfindlich treffen. Hinzu kommt, dass die russischen Lieferwege nicht besonders flexibel sind: 83 Prozent des Erdgases wird durch Pipelines transportiert, während die Verschiffung von Flüssiggas nur einen geringen Anteil ausmacht. Lieferungen von russischem Öl und Ölprodukten erfolgen eher auf dem Seeweg, so dass das Problem hier weniger schwer wiegt.



Die Großkunden:
Gesamteinnahmen Russlands aus Öl, Ölprodukten,
Erdgas und Kohle im Jahr 2021 (gesamt: 267 Mrd. USD).

Das alles bedeutet, dass Russland nicht nur abhängig ist von Exporten fossiler Energieträger, sondern von den Einnahmen die diese Exporte in den „großeuropäischen Raum“ generieren. Moskau war sich bisher seiner europäischen Abnehmer sicher, da Europa seit Ende der Siebziger immer mehr russische Energie eingekauft und auch in den letzten Jahren seine Importe aus Russland noch erhöht hat, obwohl wiederholt über eine „Diversifizierung“ der Energieversorgung gesprochen wurde. Ich habe bereits mehrmals darauf hingewiesen, dass dieser Trend für Russland gefährlicher ist als für Europa, da der Anteil Europas an den russischen Energie-Exporten etwa doppelt so hoch ist wie der Anteil Russlands an den europäischen Energieimporten. Vor dem Angriff auf die Ukraine bezog Europa ca. 25 Prozent seines Öls und 45 Prozent des importierten Erdgases aus Russland, während Russland 56 Prozent seines Öls und 77 Prozent seines Erdgases nach Europa schickte.

Deshalb ist es für europäische Länder leichter, zu überlegen wie sie mit weniger Lieferungen aus Russland auskommen können, als es für Russland ist, seine Spekulationen über eine „Energieblockade“ Europas umzusetzen. Die einzige Reaktion aus Moskau war bisher die Forderung, russische Gaslieferungen nur noch in Rubel zu zahlen, die später durch ein kompliziertes Verfahren ersetzt wurde, von dem die Gazprombank profitiert, indem sie als Finanzdienstleister für den Umtausch von Euro/Dollar in Rubel fungiert.

Das bringt uns also zur gegenwärtigen Lage, die am Morgen des 24. Februar zu dem russischen Angriff auf die Ukraine geführt hat. Jahrelang hatten die Kritiker von Putins Regime dafür plädiert, die Sanktionen gegen Russland auch auf den Energiehandel auszuweiten, doch der galt immer als Tabu, selbst nachdem Russland auf der Krim einmarschiert war und die Halbinsel später sogar annektiert hatte. Sowohl die USA als auch die EU verhängten daraufhin nur Sanktionen, die Russlands Möglichkeiten zur Erschließung neuer Öl- und Gasfelder, vor allem im hohen Norden und vor der Küste, einschränkten.

Doch nach dem Einmarsch in die Ukraine 2022 hat sich die Lage geändert. Erst blockierten die USA und Kanada alle russischen Exporte von Öl, Ölprodukten, Flüssiggas und Kohle, wenig später gab Großbritannien bekannt, dass es alle Ölimporte aus Russland bis Ende 2022 einstellen und ab 2024 auch kein russisches Erdgas mehr kaufen würde.

In der Europäischen Union begann Anfang April eine hitzige Debatte über ein Verbot von russischem Öl und Gas, die bei Erscheinen dieses Papers noch andauerte. Inzwischen wurde ein Kohle-Embargo mit einer sechsmonatigen Übergangszeit beschlossen, während das Öl-Embargo bislang am Veto Ungarns scheitert. Ein Importverbot für russisches Gas ist nach wie vor umstritten, wobei der größte Widerstand von Unternehmen und Gewerkschaften vor allem aus Deutschland und Österreich kommt. Trotzdem bleibt es die erklärte Absicht der EU, lieber früher als später von russischen Energieimporten unabhängig zu werden. Das kann unter anderem durch den Ausbau von Flüssiggaskapazitäten und einer schnelleren Entwicklung von erneuerbaren Energien sowie von Effizienzmaßnahmen erreicht werden.

” Moskau war sich bisher seiner europäischen Abnehmer sicher: Der Anteil Europas an den russischen Energie-Exporten ist etwa doppelt so hoch wie der Anteil Russlands an den europäischen Energieimporten. “

Wie fest steht also der Entschluss des Westens und was könnten die Folgen für Russland sein?

Zunächst war 2021 ein sehr erfolgreiches Jahr für den russischen Öl- und Gassektor. Ich konzentriere mich hier einerseits auf diesen Sektor, weil die Kohleexporte einen wesentlich geringeren Anteil ausmachen als der Handel mit Öl und Gas (2021 17,6 Milliarden Dollar für Kohle im Vergleich zu 236 Milliarden Dollar für Öl und Gas) und andererseits, weil russische Kohle eher nach Asien geliefert wird als nach Europa (129 Millionen Tonnen 2021 nach Asien verglichen mit 54 Million Tonnen nach Europa). Die Menge der Ölexporten ging um 3,8 Prozent zurück, während Gas 3,2 Prozent zulegte. Beide zusammen brachten Russland ca. 65 Prozent zusätzliche Einnahmen. Die Krise auf dem europäischen Erdgasmarkt wurde meiner Meinung nach vor allem durch die EU-Politik verursacht, später jedoch auch durch Marktmanipulationen von Gazprom beeinflusst. All das führte zu einem sechsfachen Anstieg der Gaspreise in den letzten 12 Monaten.

Es ist mir unverständlich, wie man eine Umstellung von Langzeitverträgen auf Spot Pricing vorantreiben konnte, ohne eine gemeinsame Linie der EU gegenüber den Gas exportierenden Ländern zu fahren und ohne strategische Gasreserven anzulegen, um Preisausgleiche erzielen zu können, oder wenigstens gemeinsame Richtlinien zu Gaslagern einzuführen, von denen einige bis vor wenigen Tagen noch Gazprom gehörten. Bis zum Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine schlugen die Einnahmen aus Exporten fossiler Energieträger im russischen Staatshaushalt für 2022 alle Rekorde und lagen durchschnittlich 20 Prozent über dem Vorjahreswert. Doch dann änderte sich plötzlich alles.

Der Rückgang russischer Ölexporten nach dem 24. Februar scheint dramatisch, doch ist es noch zu früh, um sein wahres Ausmaß und seine Dynamik vorherzusehen. Unterschiedlichen Schätzungen zufolge fielen in der Woche vom 17. bis zum 23. März die täglichen Exporte von ca. 8 Millionen Barrel pro Tag im Jahr 2021 auf nur noch 3,63 Millionen Barrel pro Tag. Der Abfall war auf den Rückgang der Nachfrage aus Europa sowie das Einkaufsverbot der USA, aber auch auf den starken Anstieg der Seefrachtkosten zurückzuführen, die um das Drei- bis Sechsfache gestiegen sind. Ein Trend, der sich auch in den kommenden Monaten fortsetzen wird.

„ Es ist mir unverständlich, wie man eine Umstellung von Langzeitverträgen auf Spot Pricing vorantreiben konnte, ohne eine gemeinsame Linie der EU gegenüber den Gas exportierenden Ländern zu fahren und ohne strategische Gasreserven anzulegen. “

Russland reagierte darauf mit dem Versuch, sich breiter aufzustellen, und exportiert nun mehr Öl nach China und insbesondere nach Indien (das bereits von den USA für die Ausweitung seiner Handelsbeziehungen mit Russland und für seine Weigerung, den Krieg in der Ukraine zu verurteilen, kritisiert wurde).

Dafür bietet Moskau kräftige Rabatte für seine Mischung Urals-Öl, die gegenüber Brent Anfang Februar noch 5 bis 6 Dollar pro Barrel günstiger war und Ende März ca. 30 Dollar pro Barrel weniger kostete. Außerdem versuchen russische Öltanker mehr und mehr, ihre Ortungsgeräte abzuschalten, so dass ihr Zielhafen nicht mehr zu ermitteln ist. Trotz allem nehme ich an, dass die russischen Einnahmen der fossilen Exporte höher sind als im ersten Quartal 2021, weil der durchschnittliche Ölpreis seitdem um ca. 45 Prozent gestiegen ist. Dasselbe gilt für Erdgas, wo Gazprom auch 2022 Rekordumsätze erwartet. Insgesamt werden für dieses Jahr 321 Milliarden Dollar Einnahmen aus Öl und Gas prognostiziert, ein Anstieg um 35 Prozent gegenüber 2021.

Wird Russland ohne Energieexporte ins Straucheln geraten?

Wesentlich weniger offensichtlich als diese Marktentwicklungen ist jedoch, wie abhängig Russland wirklich von den Öl- und Gaseinnahmen ist. Westliche Politiker haben natürlich recht, wenn sie behaupten, dass die russische Regierung zahlungsunfähig wäre, wenn diese Einnahmequelle versiegen würde. Doch um ein realistisches Bild zu zeichnen, müssen noch weitere Punkte in Betracht gezogen werden.

Erstens ist der russische Außenhandel schon seit Jahren ausgeglichen und weist im Durchschnitt für den Zeitraum von 2012 bis 2021 einen Überschuss von mehr als 172 Milliarden Dollar pro Jahr auf. Die Importe lagen dabei durchschnittlich bei ca. 252,8 Milliarden Dollar, so dass selbst ein 40-prozentiger Rückgang der Einnahmen die Importfähigkeit nicht gefährden würde. Außerdem glauben russische Experten, dass 2022 den größten Handelsüberschuss in der Geschichte des Landes bringen wird, da die Importe um bis zu 40 Prozent zurückgehen könnten, wenn viele Verbindungen zwischen Russland und dem Rest der Welt gekappt werden. Darüber hinaus betrug die Kapitalflucht aus Russland im oben genannten Zeitraum durchschnittlich 57,9 Milliarden Dollar pro Jahr und wird in diesem Jahr um ca. 75 Prozent zurückgehen. Damit wird die Bilanz sogar noch stabiler. Allerdings hält die Zentralbank die Statistiken zur Kapitalflucht für die Monate Februar und März unter Verschluss. Somit wird selbst eine Halbierung der Öl- und Gaseinnahmen die russische Wirtschaft zumindest kurzfristig nicht aus dem Gleichgewicht bringen.

Zweitens: Auch wenn die Einnahmen aus Öl und Gas zu großen Teilen in das russische Sozialwesen sowie das Militär und den Geheimdienst fließen, würde ich nicht sagen, dass diese Sektoren im Moment unter Geldknappheit leiden. Am 1. April hat die russische Regierung die Renten um 8,6 Prozent erhöht und mindestens zwei weitere Erhöhungen für dieses Jahr angekündigt. Nachdem die Zentralbank erfolgreich die Umtauschkurse der Vorkrisenzeit wiederhergestellt und bereits für den 11. April die Abschaffung der Kommission von 12 Prozent für den Kauf von

” Der direkte Schaden, der Russland aus dem Einmarsch in die Ukraine erwächst, ist nicht groß genug, um ein Ende des Angriffskrieges herbeizuführen. Präsident Putin hat sich noch nie besonders um die wirtschaftliche Entwicklung seines Landes oder das Wohlergehen seiner Bevölkerung gesorgt. “

Dollar sowie ab 18. April die Wiederaufnahme des Verkaufs von Devisen an die Öffentlichkeit angekündigt hat, ohne jedoch Zugriff auf einen Großteil ihrer Reserven in harten Währungen zu haben, scheint die Regierung ihre Anleihen auf dem heimischen Markt hochzufahren, ohne sich allzu viele Gedanken um eine mögliche Inflation zu machen. Diese Anleihen könnten noch in diesem Jahr bis zu 3 bis 4 Billionen Rubel betragen (40 bis 50 Milliarden Dollar), was mehr als ausreicht, um alle nötigen Ausgaben zu tilgen.

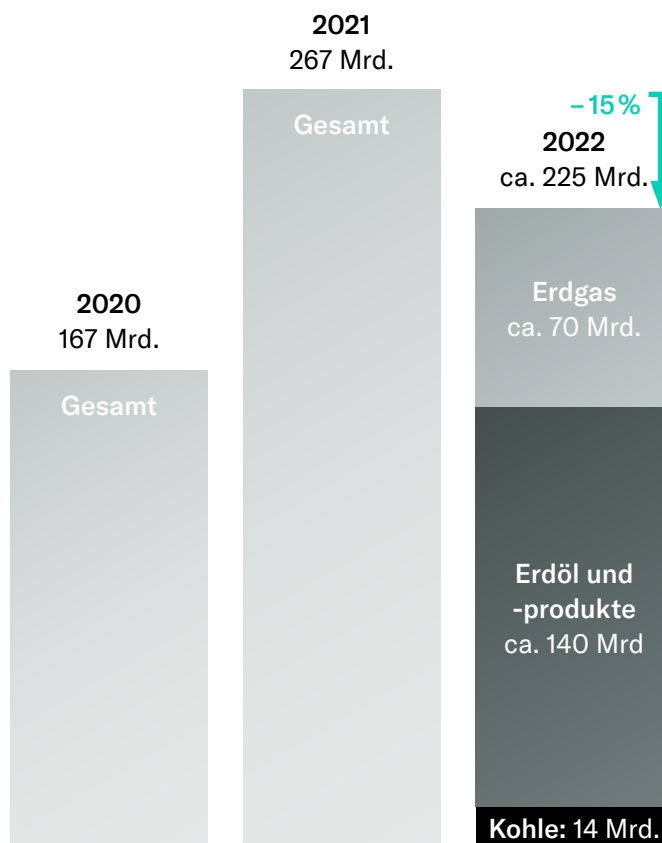
Drittens würde ich argumentieren, dass der direkte Schaden, der Russland aus dem Einmarsch in die Ukraine erwächst, nicht groß genug ist, um ein Ende des Angriffskrieges herbeizuführen. Selbst wenn man den ukrainischen Schätzungen über russische Verluste in den letzten anderthalb Monaten Glauben schenkt und der Gesamtschaden aller zerstörten Waffen und Ausrüstungsgegenstände über 10 Milliarden Dollar beträgt, entspricht das nur dem Gegenwert von etwa einer Woche Exporteinnahmen. Meiner Einschätzung nach mag Russland den Krieg vielleicht auf dem Schlachtfeld verlieren, nicht aber an der „Wirtschaftsfront“. Wie dem auch sei, ich glaube nicht, dass Präsident Putin, der sich noch nie besonders um die wirtschaftliche Entwicklung seines Landes oder das Wohlergehen seiner Bevölkerung gesorgt hat, seine aggressive Politik rein aus finanziellen Überlegungen heraus umstellen wird.

Welche Auswirkungen haben also die westlichen Öl- und Gassanktionen auf die russische Wirtschaft?

Ich würde sagen, sie könnten bedeutend sein, aber nicht entscheidend. Wenn man den schlimmstmöglichen Fall annimmt und die EU bis Jahresende ihre Gasimporte aus Russland um 50 Prozent reduziert, verliert Russland ca. 75 Milliarden Dollar seiner gesamten Exporteinnahmen. Aus China und der Türkei werden trotzdem etwa 60 Milliarden Dollar nach Russland fließen, und etwa ein Drittel der ausgefallenen europäischen Ölimporte kann ersetzt werden durch Seelieferungen an neue Märkte, wo russische Energieträger mit 20 bis 40 Prozent Preisnachlass verkauft werden. Demnach erwarte ich für Russland ca. 70 Milliarden Dollar Jahreseinnahmen aus den Exporten von ca. 160 Milliarden Kubikmeter Erdgas. Die Einnahmen aus Öl und Ölprodukten werden um 140 Milliarden Dollar zurückgehen, vorausgesetzt der durchschnittliche Ölpreis bleibt bei ca. 100 Dollar pro Barrel. Und die Einnahmen aus den Kohleexporten werden langsam auf 14 Milliarden Dollar sinken, wobei etwa 200 Millionen Tonnen exportiert werden. Die Gesamteinnahmen Russlands aus Energieexporten werden auf 225 Milliarden Dollar sinken, also um ca. 15 Prozent im Vergleich zu 2021.

Ich möchte noch einmal betonen, dass dies das schlechteste anzunehmende Szenario ist, bei dem alle bereits geltenden Restriktionen der westlichen Länder berücksichtigt sind. Diese Veränderung ist weder für die Zahlungsfähigkeit Russlands noch für den Staatshaushalt in irgendeiner Weise kritisch. Bei letzterem sollte man noch berücksichtigen, dass der Umtauschkurs derzeit bei über 100 Rubel pro Dollar liegt. Dadurch könnten bis Jahresende etwaige Verluste weiter ausgeglichen werden, weil die in Dollar erhobenen Zölle umgerechnet in Rubel wesentlich höhere Einnahmen bedeuten.

Wenn man sich natürlich vorstellt, dass die EU, Großbritannien und die USA bis Ende 2022 die Importe von russischem Öl und Gas vollständig einstellen, wären die Auswirkungen wesentlich größer und die Exporteinnahmen würden um 140 bis 170 Milliarden Dollar sinken. Doch selbst in diesem Fall sehe ich für Russland keinen finanziellen Zusammenbruch voraus. Bereits bevor die Sanktionen verhängt wurden, agierte die russische Zentralbank nicht wie



Geschätzte Einnahmen aus Russlands Energieexporten 2022 gegenüber dem Vorjahr, in US-Dollar bei einem Ölpreis von durchschnittlich 100 USD / Barrel

eine normale Zentralbank: Die Gold- und Devisenreserven der Europäischen Zentralbank machen 11 Prozent ihres Gesamtvermögens aus – in Russland war der Anteil Ende 2020 bei 81,3 Prozent.

Die Zentralbank in Moskau investierte zum damaligen Zeitpunkt kaum in die Bundesanleihen der russischen Regierung (genannt OFZ oder Föderale Schuldanleihen), könnte aber diese Investitionen ohne Probleme um 5 bis 6 Prozent des russischen BIP erhöhen, also auf 8 bis 9 Billionen Rubel (ca. 100 Milliarden Dollar). Wenn dieses Geld in das Rentensystem fließt oder zur Erhöhung der Löhne eingesetzt wird, hätte ein solcher Schritt kaum Auswirkungen auf die Inflation: diese soll 2022 ohnehin bei 20 bis 30 Prozent liegen, so dass diese zusätzlichen Anleihen höchstens weitere 3 bis 4 Prozentpunkte ausmachen würden. Die Regierung würde einer solchen Maßnahme sofort zustimmen und so zumindest in diesem Jahr ihre Budget-Engpässe lösen können.

Gleichzeitig gehe ich davon aus, dass Russland seine Öl- und Gaslieferungen stärker nach Asien verlagern wird, wenn es aus dem europäischen Markt verdrängt wird. Die Gasexporte nach China durch die Pipeline „Power of Siberia“ lagen 2020 zwar nur bei ca. 4 Milliarden Kubikmetern. Doch 2025 wird die Pipeline ihre volle Kapazität von 38 Milliarden Kubikmetern pro Jahr erreichen, und auch ein Großteil der Flüssiggaslieferungen wird nach China umgeleitet. Indien, das derzeit ca. 2 Prozent seiner massiven Ölimporte aus Russland bezieht, wird 2022 vielleicht den größten Anstieg russischer Öllieferungen erhalten.

Die Pipeline-gebundenen Gasexporte nach Europa können jedoch nicht ohne Weiteres in andere Märkte umgelagert werden. Dazu müsste zunächst die russische Flüssiggaskapazität massiv ausgebaut werden. Das europäische Embargo bedeutet, dass die EU und andere Länder, die russische Energielieferungen ablehnen, mehr Öl aus dem Nahen Osten und Afrika und Flüssiggas aus den USA und der Region Asien-Pazifik beziehen müssten. Dadurch werden neue Marktlücken entstehen, die, wenn auch nicht vollständig, von russischen Energielieferanten gefüllt werden.

Der Fokus sollte auf High-Tech liegen

Was außer einem Öl- und Gasembargo kann Russland also noch empfindlichen Schaden zufügen? Meiner Ansicht nach wäre es wesentlich schmerzhafter, Russland von europäischen Exportgütern abzuschneiden, da das Land selbst nicht nur wenig Endprodukte produziert, sondern auch Zwischenprodukte importieren muss. Bis zu 85 Prozent der russischen Unternehmen verwenden Bauteile aus dem Westen. Russische Bauern importieren Saatgut, Futter und sogar Eier von türkischen Hühnerfarmen. Nicht zu vergessen sind auch pharmazeutische Wirkstoffe, Halbleiter und High-Tech-Produkte. Selbst Nachfüllpatronen der internationalen Druckerhersteller werden nicht in Russland produziert. Wenn die westlichen Regierungen gemeinsam mit Japan, Korea und Taiwan ein vollumfängliches Exportverbot gegen Russland verhängen würden, wäre der Schaden immens. Der führende „nationale“ Autohersteller AvtoVAZ musste beispielsweise am 4. April die Bänder anhalten, weil keine importierten Elektrobauteile für die neuesten Modelle verfügbar waren. Russische Politiker diskutieren sogar eine Wiedereinführung der sowjetischen Lada-Modelle, in denen solche Technik nicht verbaut war.

Deshalb ist es in der momentanen Situation fast unmöglich, russische Energie aus den Märkten zu verbannen, solange kein verbindliches Embargo der Vereinten Nationen gegen alle russischen Exporte verhängt wird, so wie es 1990 gegen den Irak der Fall war. Das ist jedoch bisher völlig unrealistisch. Während ein Embargo des Westens Russland zwar um einen Teil seiner Exporteinnahmen bringen würde, bedeutet es keinesfalls eine wirtschaftliche Katastrophe, auch wenn viele Analysten im Westen vom Gegenteil überzeugt sind. Meiner Einschätzung nach verfügt Russland derzeit über alle Mittel, um so eine Energieblockade für mindestens zwei Jahre zu überstehen. Deshalb werden diese Sanktionen nicht das Ende des Krieges in der Ukraine bringen.

” In der momentanen Situation ist es fast unmöglich, russische Energie aus den Märkten zu verbannen. “

Die gesamte Produktion in Russland wäre von einem solchen Embargo betroffen. China allein könnte die Situation auch nicht retten, weil Peking ebenfalls zumindest teilweise von High-Tech aus dem Westen abhängig ist. Der Schaden für den Westen wäre dagegen gering, da der russische Markt für internationale Großkonzerne relativ unbedeutend ist (seltene Ausnahmen sind Volkswagen, der Autobauer produzierte 2021 in den Werken in Kaluga und Nischni Nowgorod 171.000 Fahrzeuge, etwa 3,5 Prozent der Gesamtproduktion weltweit, oder die französische Supermarktkette Auchan, die 2020 9,7 Prozent ihres Bruttoumsatzes in Russland gemacht hat). Der Aufbau einer heimischen Produktion der Güter, die Russland derzeit aus Europa, Japan oder den USA importiert, sollte auch in den nächsten fünf bis zehn Jahren schwierig werden. Und während in der gesamten russischen Öl- und Gasindustrie weniger als eine Million Menschen beschäftigt sind, stehen in den Branchen, die von Engpässen bei Komponenten aus dem Westen betroffen wären, mindestens 15-mal so viele Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Meiner Ansicht nach ist der High-Tech-Bereich die fragilste Branche in Russland, auch wenn er in den letzten zehn Jahren wesentlich fortschrittlicher und kundenzentrierter geworden ist. Die Branche ist vollkommen abhängig von Technik und Software aus dem Westen. Wenn die westlichen Länder ihren High-Tech-Unternehmen verbieten würden, russischen Nutzern Updates ihrer Betriebssysteme und neue Anwendungen für Mobilgeräte zur Verfügung zu stellen oder Lizenzverträge für die Software von Banken und Finanzdienstleistern zu verlängern, hätte das unermessliche Auswirkungen auf das Land. Die Digitalisierung hat auch in Russland fast alle Lebensbereiche erfasst und die Menschen verlassen sich im Alltag auf die moderne Technik.

Russland verfügt außerdem nicht über eine sogenannte „vertrauenswürdige Stammzertifizierungsstelle“ und ist somit bei der Ausstellung von SSL-Zertifikaten für russische Unternehmenswebsites voll und ganz auf internationale Anbieter angewiesen. Die Rücknahme eines SSL-Zertifikats beendet unverzüglich den sicheren Datenaustausch. Das würde den Zahlungsverkehr jeglicher Banken viel mehr behindern als das Erfordernis, bestimmte Konten nur noch in Dollar zu führen, oder der Ausschluss aus dem SWIFT-System. Der Kreml spekuliert schon so lange über die Einführung eines „autonomen“ russischen Internets, dass ich finde, es ist an der Zeit, den Russen einmal zu zeigen, wie das praktisch aussehen würde. Ich würde so weit gehen, zu sagen, dass dieser Schritt allein Russland im ersten Quartal nach Einführung bis zu 15 Prozent seines BIP kosten dürfte.

Es stimmt natürlich, dass der größte Teil der russischen Export- und damit der Staatseinnahmen aus dem Export fossiler Brennstoffe herrührt. Doch der Wert dieser Einnahmen sinkt drastisch, wenn man das, was man haben möchte, nicht mehr kaufen kann. Deshalb treffen die Sanktionen Russland nicht bei den Exporten am schmerzhaftesten, sondern bei den Importen.

” Meiner Ansicht nach ist der High-Tech-Bereich die fragilste Branche in Russland, auch wenn er in den letzten zehn Jahren wesentlich fortschrittlicher und kundenzentrierter geworden ist. “

Doch jetzt kommt die wichtigste Frage, nämlich wie und auf welche Weise westliche Sanktionen die Entscheidungsprozesse im Kreml beeinflussen. Eine Zeit lang verfolgten westliche Politiker den Ansatz, nur unmittelbar für Menschenrechts- oder Völkerrechtsverletzungen Verantwortliche mit Sanktionen zu belegen. Das war die Vorgehensweise der letzten Jahre, in denen relativ wenige Personen bzw. Unternehmen auf der Sanktionsliste standen. Seit acht Jahren sind die Ergebnisse dieser Strategie eher wenig überzeugend.

Die Sanktionsliste von 2022 zeichnet sich dadurch aus, dass sie ein breiteres Spektrum an Personen ins Visier nimmt: fast die gesamte politische Elite Russlands und sogar erstmals Präsident Putin höchstselbst. Darüber hinaus Dutzende superreiche Russen, die augenscheinlich nichts mit den Gräueltaten in der Ukraine zu tun haben, und natürlich Millionen unbescholtener Bürger, die nicht mehr ins Ausland reisen oder westliche Waren und Dienstleistungen in Anspruch nehmen können und, wichtiger noch, Gefahr laufen, ihren Arbeitsplatz bzw. ihr Einkommen an eine bevorstehende Rezession und steigende Verbraucherpreise zu verlieren. Das ist natürlich ein Fortschritt, denn vor 2022 hatten die Sanktionen in Russland selbst kaum Auswirkungen, außer diejenigen, welche die russische Regierung selbst eingeführt hatte, indem sie als Vergeltung der westlichen Restriktionen den Import europäischer und amerikanischer Lebensmittel verbot.

Die aktuellen Sanktionen scheinen meiner Ansicht nach wirksam genug, um der russischen Wirtschaft empfindlichen Schaden zuzufügen, den auch die Mehrheit der Bevölkerung zu spüren bekommen wird. Trotzdem habe ich keine Hoffnung, dass die Menschen sich wegen wirtschaftlicher Härten gegen ihre Regierung erheben werden. Die modernen Russen sind extrem individualistisch eingestellt, und wenn sie in finanzielle Schwierigkeiten geraten, werden sie versuchen, sich allein wieder daraus zu befreien.

„ Das Wahlsystem im modernen Russland verhindert jegliche Veränderung. Massenproteste sind unwahrscheinlich. Ich glaube nicht, dass Putin die Wahl 2024 verliert. “

Vor vielen Jahren habe ich versucht zu erklären, warum kollektive Maßnahmen in Russland nicht mehr funktionieren.¹ Seitdem hat sich nichts geändert. Nicht nur in Russland, sondern überall in der ehemaligen Sowjetunion führten die desolaten wirtschaftlichen Bedingungen nicht zu Volksaufständen, die den Regierungen gefährlich geworden wären (die einzige Ausnahme bildet Kasachstan im Januar 2022, doch selbst das ist auf wesentlich komplexere Ursachen zurückzuführen). Die Proteste, die in Russland 2011/2012, 2018 und 2021 stattfanden, wurden von erfolgreichen jungen Leuten angeführt. Doch diese soziale Gruppe ist am zahlreichsten in Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine ausgewandert. Daher würde ich sagen, dass Massenproteste inzwischen eher unwahrscheinlich geworden sind.

Das Wahlsystem im modernen Russland verhindert jegliche Veränderung, so dass die Sanktionen sich wohl kaum in Form von Manifestationen des Volksummuts auf der Straße oder im Wahlbüro auf die politische Elite auswirken dürften. Außerdem hat die unablässige Kreml-Propaganda Russland in eine quasi-faschistische Gesellschaft verwandelt und der Krieg in der Ukraine hat zu einem gewissen nationalen Zusammengehörigkeitsgefühl geführt, welches das Land eher eint und die Eliten beim Umgang mit den Sanktionen stützt.

Was die Reaktionen der superreichen Russen angeht, die manchmal auch als „Oligarchen“ bezeichnet werden, habe ich keine Hoffnung. Unter dem derzeitigen Regime haben russische Geschäftsleute keinen politischen Einfluss mehr. Sie können ihre geschäftlichen Interessen als Lobby vertreten und sich den Kreml im Wettbewerb mit ihren Konkurrenten zu Nutze machen, aber sie haben keinerlei Handhabe über Putins politische Entscheidungen. Michail Fridman hat dies in seinem jüngsten Interview mit Bloomberg² ganz richtig dargestellt. Jedenfalls haben die Oligarchen weder Einfluss auf noch Zugang zu Putin, der es ihnen ermöglichen würde, einen nennenswerten politischen Wandel in Russland herbeizuführen.

Deshalb würde ich nicht darauf hoffen, dass in Russland bald wieder die Demokratie einzieht. Der einzige „Scheideweg“ am Horizont ist die Präsidentschaftswahl 2024. Doch um Putins Stuhl ins Wackeln zu bringen, müssten die Wirtschaft völlig zusammenbrechen und die Armee in der Ukraine vernichtend geschlagen werden. Russland müsste aus den Vereinten Nationen ausgeschlossen und zu einer halben Billion Dollar Reparationen an die Ukraine verpflichtet werden.

Solange das nicht alles zusammenkommt, glaube ich nicht, dass Putin die Wahl 2024 verliert. Die zunehmende Emigration hat das Regime seit den Anti-Putin-Protesten 2011/12 eher noch gestärkt. Vorstellungen von nationaler Überlegenheit und eine Kampfansage an die ganze Welt, um „wirklich souverän“ zu sein, dominieren die Agenda eines Landes, das ein perfektes Beispiel für Faschismus im 21. Jahrhundert ist. Vieles deutet daraufhin, dass ein Großteil der russischen Gesellschaft sich niemals gegen die Obrigkeit erheben wird. Egal, was man ihnen antut. Die Sanktionen werden vielleicht Russlands ineffiziente Wirtschaft zerstören, aber der überholten Gesellschaftsform werden sie nichts anhaben können.

1 <https://www.monde-diplomatique.fr/2010/10/INOZEMTSEV/19776>

2 <https://www.bloomberg.com/news/features/2022-03-17/broke-russian-oligarch-fridman-says-sanctioned-billionaires-can-t-sway-putin>

Was kann man Entscheidungsträgern in der europäischen Politik bezüglich der Sanktionen gegen Russland raten?

Ich schlage drei Punkte vor:

1. Da Russland offenbar in der Lage ist, trotz aller erdenklichen Sanktionen des Westens gegen seine Öl- und Gasindustrie für mindestens zwei Jahre seine Ausgaben zu bestreiten und Außenhandel zu treiben, würde ich die Sanktionen hauptsächlich auf die russische Binnenwirtschaft fokussieren. Hier würde ich die russische Wirtschaftslage genau analysieren und Engpässe suchen, an denen Produktions- bzw. Lieferketten am stärksten von Importware, Ersatzteilen oder Technik abhängig sind. Je abhängiger die russische Wirtschaft in einigen Bereichen von Importen ist, desto genauer sollten die Sanktionen auf diese Bereiche abzielen.

Dabei sollte nach demselben Grundsatz verfahren werden, den westliche Armeen schon seit Jahrzehnten verfolgen: mit minimalem Aufwand vermittle hochpräziser Waffen den größtmöglichen Schaden anrichten. Diese Strategie erfordert Zeit und es müssen entsprechende Kompetenzen entwickelt und eingesetzt werden, doch sie wird sich auszahlen. Sie wäre das wirksamste Mittel, um die russische Wirtschaft zu zerstören und zivilen Ungehorsam und Uneinigkeit unter den Eliten zu schüren, und somit den Weg für einen Regimewechsel freizumachen.

2. Die Politiker im Westen sollten sich einig sein, dass sowohl aus außenpolitischer als auch aus innenpolitischer Sicht eine militärische Niederlage Russlands in der Ukraine und ein anschließender erfolgreicher Wiederaufbau der ukrainischen Wirtschaft sowie ihre Integration in die Europäische Union wesentlich wichtiger sind als die wirtschaftliche Entwicklung Russlands und das Wohlergehen seiner Bevölkerung. In einer indoktrinierten Gesellschaft wie der russischen wird dem Versagen des Nachbarn immer mehr Beachtung geschenkt als dem eigenen Erfolg. Um die Ukraine als attraktives Gegenbeispiel für Erfolg präsentieren zu können, sollte ein europäischer Wiederaufbaufonds eingerichtet werden. Zur Finanzierung des Fonds könnte eine gezielte Auflage für den Import russischer Energieträger eingeführt werden, die pro Barrel Öl oder pro tausend Kubikmeter Gas aus Russland einen festen Betrag einbringt.³

3. Es ist an der Zeit, einzusehen, dass die Sanktionen allein den Krieg in der Ukraine nicht beenden werden. Die jüngsten Ereignisse haben den unvorstellbaren Hass, die Grausamkeit und Ignoranz offenbart, die bisher in der russischen Gesellschaft geschlummert haben. Präsident Putin wird mittlerweile korrekterweise als Kriegsverbrecher bezeichnet. Er wird sich niemals mit der Existenz einer souveränen und pro-europäischen Ukraine abfinden. Deshalb denke ich, der Westen sollte sich darauf konzentrieren, einen Regime-Wechsel in Russland herbeizuführen und inneren Zwist im Kreml zu säen, der letztlich zu Putins Beseitigung führen wird.

Dazu sollte auch für die Ukraine ein Kriegsverbrechertribunal eingerichtet werden, ähnlich der Tribunale für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda. Präsident Putin, Verteidigungsminister Sergei Schoigu und Generalstabschef Valery Gerasimow sowie dutzende Militärkommandeure, die brutale Angriffe auf zivile Ziele in der Ukraine geleitet, ukrainische Städte gestürmt, den Einsatz von durch völkerrechtliche Verträge verbotenen Waffen und Massenexekutionen ukrainischer Zivilisten angeordnet haben, sollten wegen Kriegsverbrechen angeklagt werden.

Aus diesen Gründen soll laut Carla del Ponte, die sich damit auskennen dürfte, ein internationaler Haftbefehl gegen Putin ausgestellt werden. Das wäre vergleichbar mit Jugoslawien 1999, wo gegen den damaligen Präsidenten Slobodan Milošević ebenfalls während seiner Amtszeit als Staatschef ein solcher Haftbefehl ausgestellt wurde. Die Auslieferung Putins und der Staatsdiener und Generäle, die für die Gräueltaten in der Ukraine verantwortlich sind, nach Den Haag sollte Bedingung sein für die Aufhebung aller Sanktionen, die seit dem 24. Februar 2022 gegen Russland verhängt wurden. Das könnte zu einer Spaltung des innersten Kreises im Kreml führen, da die Zukunft vieler hochrangiger Politiker und Generäle immer unsicherer wird – während Putin gelinde gesagt mehr und mehr den Verstand verliert.

³ Für weitere Einzelheiten siehe: Inozemtsev, Vladislav: „Die Milošević-Option“ in: Internationale Politik, 2022, Mai-Juni, SS. 49–53.



Zentrum
Liberaler
Moderne

Herausgegeben vom

Zentrum Liberale Moderne
Reinhardtstraße 15
10117 Berlin
Germany

T: +49 (0)30 - 13 89 36 33

M: info@libmod.de

„ Selbst mit der Hälfte oder einem Drittel der Einnahmen aus dem Öl- und Gasexport kann Russland wirtschaftlich überleben. Jegliche Sanktionen sollten Russland schwerer belasten als den Westen. “

